

Spirale der Gewalt dreht sich im Kongo weiter

KEINE EINIGUNG ZWISCHEN REGIERUNG UND OPPOSITION, DAHER KEINE WAHLEN FÜR 2017 IN SICHT, BEWAFFNETE KONFLIKTE IN DEN PROVINZEN WEITEN SICH AUS

Die Umsetzung der Silvestervereinbarung vom 31. Dezember 2016 zwischen Regierung und Teilen der Opposition lässt noch immer auf sich warten. Die Regierung spielt auf Zeit und die Opposition tritt alles andere als einig auf. In kongolesischen Provinzen, die bisher nicht für Gewaltausbrüche bekannt waren, eskaliert die Lage. Wie stellt sich die derzeitige politische Situation in der DR Kongo dar und wie reagieren die Vereinten Nationen auf die zunehmenden bewaffneten Konflikte im Land?

Mittlerweile ist die Unterzeichnung des Silvesterabkommens drei Monate her und die Macht des Präsidenten Kabila, der eigentlich laut kongolesischer Verfassung schon im Dezember 2016 sein Amt hätte räumen müssen, scheint gefestigt. Allerdings ist die politische Situation im Land alles andere als stabil. Woran scheitert die Umsetzung des Abkommens in dieser Phase¹ und was sind die Gründe für die ausufernde Gewalt im Land?

(Vorläufiger) Rückzug der katholischen Kirche aus ihrer Vermittlerrolle

Am 28. März 2017 verkündete die Bischofskonferenz der katholischen Kirche (frz.

¹ Auf die konkreten Inhalte des Silvesterabkommens und dessen Mängel in der Umsetzung zu Beginn des Jahres wird im Länderbericht DR Kongo von Februar 2017 detailliert eingegangen. Link:

<http://www.kas.de/kongo/de/publications/47885/>

CENCO, *Conférence Episcopale Nationale du Congo*), dass die unter ihrer Federführung stattgefundenen Gespräche zwischen Regierung und Teilen der Opposition zur Umsetzung des Abkommens vorerst gescheitert seien. Der CENCO war es maßgeblich zu verdanken, dass eine Einigung Ende des vergangenen Jahres überhaupt erst erreicht werden konnte. Die Reaktion des Generalsekretärs Donatien Nshole klingt verbittert und frustriert zugleich: „Wir haben viel Zeit und Energie in diese Verhandlungen investiert - aber am Ende blieben sie doch ohne Erfolg.“ Abgesehen von mangelnden politischen Willen der beteiligten Akteure kommt erschwerend hinzu, dass die katholische Kirche im Land zunehmend von der frustrierten (jugendlichen) Bevölkerung als Sündenbock für den politischen Stillstand im Land „herhalten“ muss: so wurde im Februar eine katholische Kirche in der Hauptstadt von unbekanntem Tätern angegriffen, der Altarbereich schwer beschädigt und entweiht. Eine bisher unvorstellbare Attacke gegen die katholische Kirche, eine hoch angesehene Institution, die im Land mit einem Anteil an Katholiken von über 50 Prozent an der Gesamtbevölkerung großen Respekt genießt. Die Reaktion der Straße auf das Scheitern der Verhandlungen ließ nicht lange auf sich warten: zumeist jugendliche Demonstranten errichteten auf den Straßen Kinshasas und Lubumbashis Barrikaden und setzten Autoreifen in Brand. Die Gegenreaktion der Sicherheitskräfte erfolgte in gewohnter Härte: die Ansammlungen wurden durch den Einsatz von Tränengas beendet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

April 2017

www.kas.de/kongo

Für den 3. April 2017 kündigte die Opposition eine „*ville morte*“² in den großen Städten des Landes an, zwei Tage später einen Generalstreik und ab dem 10. April 2017 die Durchführung eines landesweiten „Friedensmarsches“ mit dem Ziel, den Präsidenten zur Umsetzung des Abkommens zu bewegen. Dass es bei solchen Demonstrationen aus vielerlei Gründen häufig zu Gewalt zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kommt, versteht sich leider von selbst. Doch was führte dazu, dass das Abkommen bisher noch nicht implementiert wurde?

Gegenseitige Blockade aller zentralen Akteure

Ohne Zweifel ist auch der momentane Zustand der Opposition ein Grund für den derzeitigen Stillstand bei den Verhandlungen: der Tod des „*Lider Maximo*“ der kongolesischen Opposition, Etienne Tshisekedi, Anfang Februar in Brüssel, führte zunächst zu einer Art „Schockstarre“ im Oppositionsbündnis „*Rassemblement*“, dessen Vorsitz der Verstorbene innehatte. Die Nachfolgefrage war zunächst völlig unklar, führte dann aber im Ergebnis zu einer Machtteilung im „*Rassemblement*“: Pierre Lumbi³ (MSR) leitet zukünftig den Rat der Weisen und Etienne Sohn Felix Tshisekedi⁴ wurde zu deren Vorsitzenden ernannt. In der Vergangenheit hatte Etienne Tshisekedi beide Ämter inne. Zumindest ist durch die erfolgte Nachfolgeregelung die Opposition wieder handlungsfähig – wenigstens nach außen hin. Wie sich zukünftig das Verhältnis zwi-

² Das bedeutet, dass die Städte weitestgehend lahmgelegt werden: So ruht beispielsweise das öffentliche Leben, Läden und Schulen bleiben geschlossen und Busse fahren nicht mehr. Folglich bleibt die überwiegende Mehrheit der Kongolesen an einem solchen Tag zu Hause.

³ Pierre Lumbi hatte in der Vergangenheit mehrere Ministerposten inne und war zudem auch Sicherheitsberater des Präsidenten Kabila. Zuletzt wandte er sich von der Regierungsseite ab. Er verließ diese zusammen mit anderen ehemaligen Regierungsparteien und gründete das Oppositionsbündnis G7, deren Präsident er wurde.

⁴ Ohne Zweifel fehlt Felix bisher die Erfahrung seines verstorbenen Vaters. Deshalb galt er lange Zeit innerhalb der Opposition als umstritten.

schen Lumbi und Tshisekedi Junior entwickelt, bleibt hingegen abzuwarten. Für die Regierung bedeutete das wochenlange Machtvakuum auf Seiten der Opposition zunächst einen Zeitgewinn. Die Tatsache, dass es noch immer keinen Premierminister aus den Reihen der Opposition gibt, der zusammen mit einer Übergangsregierung die Wahlen (laut Abkommen bis Ende 2017!) vorbereiten soll, ist allerdings keinesfalls nur der Opposition anzulasten. Ganz im Gegenteil: auch die Regierungsseite versucht anhand vielerlei Tricks und das Aufwerfen von Verfahrensfragen die Umsetzung des Abkommens zu blockieren: so verlangt die Regierung beispielsweise, dass die Opposition drei Kandidaten – eine Art „*short list*“ – für das Amt des Premierministers vorschlägt und der Präsident dann einen davon auswählt. Diese Verfahrensweise ist allerdings nicht Bestandteil des Abkommens vom 31. Dezember 2016 und wird daher vom *Rassemblement* strikt abgelehnt. Die Rechnung der Regierung ist dabei simpel: keine Ernennung eines neuen Premierministers bedeutet keine Übergangsregierung. Und keine Übergangsregierung bedeutet keine Vorbereitung von Wahlen – was letztlich dazu führt, dass der amtierende Präsident (laut Verfassungsgericht) im Amt bleiben kann, da kein Nachfolger gewählt wurde. Besonders makaber ist die Tatsache, dass selbst der tote Etienne Tshisekedi zum Spielball der kongolesischen Tagespolitik wird: die Rückführung des Leichnams aus der belgischen Hauptstadt nach Kinshasa scheiterte daran, dass die Opposition dies mit der (am Ende erfolglosen) Forderung einer vorherigen Ernennung eines neuen Premierministers verband. Zudem gibt es andauernde Streitigkeiten um den Ort der letzten Ruhestätte.⁵ Die obigen Ausführungen geben schon genug Anlass zur Sorge was die Zukunft des Landes betrifft, erschwerend hinzu kommt allerdings noch die ausufernde Gewalt in den Provinzen.

⁵ Die Opposition fordert den Bau eines Mausoleums auf dem Gelände der Parteizentrale UDPS, was aber von Regierungsseite nicht akzeptiert wird.

Kampf von Milizen weitet sich in das Herz des Landes aus

Morde, Massaker und Vergewaltigungen wurden bisher mit dem Osten Kongos in Verbindung gebracht, einer Region in der die Zentralregierung schon lange ihre Staatsgewalt verloren hat und in der verschiedene Milizen um die regionale Vorherrschaft sowie um Bodenschätze kämpfen: in der nordöstlichen Region um die Stadt Beni (Provinz Nord Kivu) treibt die islamistische Terrormiliz ADF („*Allied Democratic Forces*“) ihr Unwesen, regelmäßig werden Angriffe durch diese Gruppe mit hohen Opferzahlen gemeldet.⁶ Zusätzlich gibt es Berichte über das Wiedererstarken der im November 2013 vom kongolesischen Militär mit Hilfe einer Spezial-Eingreiftruppe der Vereinten Nationen besiegten Rebellengruppe *M23*.

Seit wenigen Monaten reihen sich die beiden zentralkongolesischen Kasai-Provinzen *Oriental* und *Occidental* in die Spirale der Gewalt (neu) ein. Dies ist umso bemerkenswerter, da es bisher in diesem Landesteil nicht zu Gewaltexzessen größeren Ausmaßes kam. Die Meldungen über brutale Gräueltaten überschlugen sich, der vorläufige Höhepunkt bildete die Ermordung von zwei UN-Mitarbeitern und deren einheimischen Dolmetscher, deren Leichen in einem Erdloch verscharrt am 27. März 2017 gefunden wurden: Der US-Amerikaner Michael Sharp (34) und die Schwedin Zaida Catalan (36) wurden zusammen mit ihren kongolesischen Begleitern am 12. März 2017 von unbekanntem Milizen entführt. Ihr Auftrag als UN-Experten bestand darin, Menschenrechtsverletzungen durch das kongolesische Militär in dieser Zielregion aufzudecken. Wenige Tage zuvor wurden laut Regierungsangaben 39 Polizisten in Kasai in einen Hinterhalt gelockt und brutal getötet, in dem sie enthauptet wurden. Nach UN-Angaben sind seit Mitte August 2016 rund 400 Menschen (darunter zumeist unschuldige Zivilisten) in dieser Region den Auseinandersetzungen zwischen kongolesischen

⁶ Aufgrund der unklaren Verhältnisse vor Ort ist es allerdings nicht bewiesen, dass alle Opfer tatsächlich auf das Konto der ADF gehen.

Militär und der Rebellengruppe *Kamuina Nsapu* zum Opfer gefallen, mehr als zwei Dutzend Massengräber wurden seit Januar des Jahres entdeckt. Was ist der Hintergrund dieses brutalen Konflikts? Der im Zentralkongo hoch angesehene Milizenführer und Sektenchef Mpandi wurde in der Folge eines Streits mit der Zentralregierung⁷ im August vergangenen Jahres erschossen. Die Umstände seines Todes wurden bisher von Regierungsseite nie aufgeklärt, sondern eher noch vertuscht. Seither kämpfen seine Anhänger gegen das aus ihrer Sicht verhasste Regime in Kinshasa und töten jeden, den sie damit in Verbindung bringen. Möglicherweise wurden die beiden UN-Experten als zu regierungsfreundlich angesehen und deshalb von den Milizen getötet.⁸ Es gilt aber ausdrücklich zu betonen, dass die Frage der Täterschaft (noch nicht?) ausreichend geklärt ist. Man kann nur vor vorschnellen Schuldzuweisungen warnen, vor allem in diesem derzeitigen unklaren Kontext mit verschiedenen Akteuren, viel Propaganda von allen Seiten⁹ und divergierenden Interessenlagen.

Die Rolle der Vereinten Nationen

UN-Generalsekretär Antonio Guterres verurteilte auf schärfste Weise die Ermordung der UN-Mitarbeiter und rief die kongolesische Regierung dazu auf, ihren Beitrag zur Aufklärung des Verbrechens zu leisten sowie die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Die

⁷ Es ging hierbei wohl um die (nicht erfolgte) Anerkennung seiner Erbfolge als spirituelles Oberhaupt seines Volksstammes von Seiten der staatlichen Autorität. Erschwerend mag hinzukommen, dass die betreffende Region als Hochburg des verstorbenen Oppositionsführers Etienne Tshisekedi gilt, was die Regierung besonders sensibilisiert.

⁸ Berechtigterweise kann man die Frage aufwerfen, warum ausgerechnet Personen, die Beweise für Gewalttaten seitens der Regierung aufklären sollen, von Regierungsgegnern ermordet wurden.

⁹ Im Februar tauchten mehrere Videos auf, die die Ermordung von (zum Teil) unbewaffneten Zivilisten im Zentralkongo durch das Militär zeigen sollen. Regierungssprecher Lambert Mende wies die Echtheit der Videos umgehend zurück und erklärte, dass es sich hierbei um einen Versuch handele, das gute Image der DR Kongo zu zerstören. Dennoch wurden kürzlich sieben kongolesische Soldaten für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

April 2017

www.kas.de/kongo

Vorkommnisse in Kasai treffen die UN zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: das Jahresmandat für die weltweit truppenstärkste und teuerste UN-Friedensmission¹⁰ in der DR Kongo, MONUSCO, lief zum 31. März 2017 aus und musste folglich erneuert werden. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde in der jüngsten Debatte über die politische Situation im Kongo der Regierung in Kinshasa indirekt vorgeworfen, die politisch instabile Situation im Land auszunutzen, um Präsident Kabila weiterhin im Amt zu halten – und damit die lokalen Milizen für eigene Zwecke des Machterhalts zu missbrauchen. Dabei wurde auch nicht unerwähnt gelassen, dass die steigende Anzahl von Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo (im Vergleich 2016 zum Vorjahr um immerhin 30 Prozent) auch zu großen Teilen auf das Konto staatlicher Sicherheitsorgane geht.¹¹ In diesem Zusammenhang griff die US-amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley die kongolesische Regierung scharf an, in dem sie feststellte, dass „die UN mit einer korrupten Regierung in Kinshasa zusammenarbeiten würde, die raubtierhaftes Verhalten gegen die eigene Bevölkerung an den Tag legen würde.“ Ungeachtet dessen wird von Seiten der MONUSCO die Aufstockung der Truppenstärke um über 300 UN-Polizisten gefordert. Besonders Frankreich setzt sich in dieser für das Land schwierigen Phase für eine effiziente Weiterführung der Friedensmission im Kongo ein, aus Washington hingegen hört man erhebliche Vorbehalte: so fordert die neue Trump-Administration finanzielle Kürzungen für derartige Einsätze bzw. den Anteil der USA an UN-Missionen wie dieser zu vermindern¹². Dies führt nun im Ergebnis

auch in der DR Kongo im Rahmen der einjährigen Verlängerung des Mandats zu einer Reduzierung der Truppenstärke um etwa 3.600 Soldaten (Militärpersonal), wobei Polizeieinheiten davon nicht betroffen sein sollen. Wie bisher steht auch weiterhin der Schutz der Zivilbevölkerung im Fokus des UN-Einsatzes und soll damit auch seinen Beitrag für die Durchführung friedlicher Wahlen Ende des Jahres leisten.

Ausblick

Zunächst wäre es positiv zu werten, wenn die katholische Kirche ihre Vermittlerrolle wieder einnimmt, denn es erscheint derzeit nicht wahrscheinlich (wenn auch nicht völlig ausgeschlossen), dass es nur zu bilateralen Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition kommt. Fest steht allerdings, dass der Zeitplan bezüglich der Durchführung von Wahlen aus logistischen, organisatorischen und finanziellen¹³ Gründen kaum einzuhalten ist, wenn nicht sehr zeitnah ein Premierminister aus den Reihen der Opposition zusammen mit seiner Übergangsregierung diese vorbereiten. Abzuwarten ist auch, wie sich die Bevölkerung in den nächsten Wochen verhalten wird und ob die angekündigten Demonstrationen friedlich verlaufen oder zu einer (erneuten) Welle der Gewalt führen werden. Klar ist jedoch: Sollte sich die Spirale der Gewalt in den verschiedenen Provinzen weiterdrehen, führt dies zu einer andauernden Destabilisierung des Landes mit ungewissem Ausgang. Umso notwendiger erscheint eine wirkungsvolle Fortsetzung der UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo. Die Verlängerung des UN-Mandats in der DR Kongo - trotz Reduzierung der Truppenstärke - ist daher als gutes Zeichen zu werten.

¹⁰ Die UN hatte bisher für die DR Kongo ein Mandat für eine Truppenstärke von etwa 19.800 (Militärpersonal). Die jährlichen Kosten für die Mission betragen ca. 1.2 Milliarden US-Dollar.

¹¹ Die kongolesische Regierungsseite warf hingegen der MONUSCO vor, nicht ausreichend Maßnahmen zu ergreifen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern.

¹² Der Anteil der USA am Gesamtbudget für UN-Friedensmissionen beträgt derzeit etwa 28,5 Prozent. Es ist das erklärte Ziel der US-Regierung, diesen Anteil auf mindestens 25 Prozent zu reduzieren.

¹³ Bereits im Februar deutete der kongolesische Budgetminister an, dass die Durchführung von Wahlen möglicherweise „zu viel kosten“ würden. Diese Aussage wurde später allerdings von Regierungsseite relativiert.